

Think Tank - Newsletter

DIE POLITISCHE WEICHENSTELLUNG IN DER EU IN ZEITEN DER WIRTSCHAFTSKRISE UND DIE VORBEREITUNG DES STOCKHOLMER PROGRAMMS

Die EU sieht sich durch den Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise 2008, den Klimawandel und die Probleme bei der institutionellen Reform gleich mit mehreren schwierigen Herausforderungen konfrontiert. Besonders die Klimaproblematik und die Reform des weltweiten Finanzsystems waren die zentralen Punkte auf der Tagesordnung des regulären Europäischen Rats im Oktober und Dezember 2008 sowie des EU-Sondergipfels im Vorfeld des G20-Treffens in Washington am 15. November. Unter französischem Vorsitz reagierten die Staats- und Regierungschefs am 11./12. Dezember 2008 mit der Verabschiedung des EU-Klimapakets und eines 200 Milliarden schweren Konjunkturprogramms auf die dringendsten Probleme. Diese Erfolge waren jedoch nur auf Kosten einer hohen Neuverschuldung der daran beteiligten EU-Mitgliedsstaaten möglich.

Der politische Diskurs der in Brüssel ansässigen Think Tanks beschäftigte sich in den letzten Wochen und Monaten deshalb mit der Frage nach Effizienz und Nachhaltigkeit der finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Außerdem wurde untersucht, ob eine ehrgeizige Umweltpolitik dem angestrebten kurzfristigen Wirtschaftsaufschwung widerspricht, oder ob die Klimapolitik von der EU als Chance für eine Wirtschaftstransformation und damit als Motor für den Aufschwung nach der Krise genutzt werden kann.

Durch die Vorbereitung des Stockholmer Programms, das im Herbst vom Rat der

Europäischen Union verabschiedet werden, und für die folgenden fünf Jahre als Rahmen für die Innen- und Rechtspolitik der EU dienen wird, rückte zudem die Asyl- und Immigrationspolitik der EU wieder stärker in den Mittelpunkt.

In Bezug auf oben genannte Problematiken traten in den Analysen der Brüsseler Think Tanks schwerpunktmäßig folgende Kernfragen in den Vordergrund:

1. Die EU-Politik in Zeiten der Wirtschaftskrise

Die EU im Konflikt zwischen Einhaltung des Stabilitätspakts und weiteren Konjunkturpaketen

Grundsätzlich ist man sich einig darüber, dass die EU während dieser globalen Wirtschaftskrise als geschlossener Akteur auftreten, und ihre Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen Abschwung besser koordinieren muss. In einer Policy Contribution stellt das Brussels European and Global Economic Laboratory (BRUEGEL) die Größe und Zusammensetzung der europäischen Konjunkturpakete im Vergleich zu den USA dar. Besonders herausgehoben werden dabei die fehlende Terminierung der einzelnen Maßnahmen und die Problematik des Lobbyeinflusses auf die Zusammensetzung der Pakete. Um mittelfristig wieder einen Aufschwung zu erreichen, werden u.a. folgende politische Schritte im Krisenmanagement empfohlen: die Garantie von finanzieller Nachhaltigkeit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MAXIMILIAN HERZOG

Juni 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

durch die Reform der öffentlichen Finanzen und die Restrukturierung des Bankensektors zur Vermeidung von Kreditmisswirtschaft, eine Anpassung der Arbeitsmarktpolitik zur Verhinderung des Verlusts von Humankapital sowie eine innovationsorientierte Ausrichtung des Bildungswesens und der Wirtschaft für den Aufschwung nach der Krise.

Die Fondation Robert Schuman fordert weitere koordinierte, rasche und gezielte Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten, um eine Depression zu verhindern. Allerdings müssten diese im Einklang mit dem Stabilitätspakt sein und sollten deswegen von einer nachhaltigen Sanierung und Stabilisierung der öffentlichen Finanzen begleitet werden. BRUEGEL bewertet die nationalen Konjunkturpakete in einem Kommentar als zu gering, v.a. weil die Investitionen in die Infrastruktur nur nach und nach umgesetzt würden. Um der Trittbrettfahrerproblematik zu begegnen, sollten alle EU-Mitgliedsstaaten in die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung miteinbezogen werden, wobei die Länder mit dem höchsten Verschuldungsgrad bereits Sparprogramme für die Zukunft beschließen müssten. Zusätzlich müsste ein neuer Stabilitätspakt eingeführt werden, der gleichzeitig Flexibilität aber auch die Eingrenzung und härtere Sanktionierung von Überverschuldung garantiert.

Als konkretes Mittel zur Stabilisierung des europäischen Finanzsektors schlägt das Centre for European Policy Studies (CEPS) die Schaffung eines europäischen Fonds vor, mit dessen Einnahmen aus der Ausgabe von Eurobonds weitere Stabilisierungsmaßnahmen finanziert werden könnten. Diese Idee wird in einem weiteren CEPS-Kommentar nochmals aufgegriffen. Allerdings müssten die nationalen Raten der Anleihenverzinsung beibehalten werden, um Trittbrettfahrertum zu vermeiden. Durch die Eurobonds würde man den Regierungen von Ländern mit massiven Liquiditätsproblemen in ihrem Anleihenmarkt wie Irland eine bessere Finanzierungsmöglichkeit für ihre Konjunkturpakete geben. Im Februar tauchte in einer CEPS-Veröffentlichung die

Idee eines Europäischen Finanzstabilitätsfonds (EFSF) auf. Der EFSF solle als europäische „Bad Bank“ die toxischen Kredite der EU-Banken kaufen, und durch die Rekapitalisierung die europaweite Kreditvergabe wieder ankurbeln.

Die Brüsseler Think Tanks sehen einen der Hauptgründe der Wirtschaftskrise in der mangelhaften makroökonomischen Politik der großen Wirtschaftsnationen und insbesondere in der ungenügenden Finanzmarktregulierung. Das CEPS fordert in einer Studie umfassende Regelungen zur Stärkung von Risikomanagement und Transparenz unter den beteiligten Marktteilnehmern sowie die Einführung einer neuen Obergrenze für die Verschuldungsrate von Banken.

BRUEGEL – Estimating the size of the European stimulus packages; Policy Contribution, 4.5.2009
<http://www.bruegel.org/15182>

BRUEGEL – Sharing the burden; 23.2.2009
<http://economy.nationaljournal.com/2009/02/sharing-the-burden.php?rss=1>

BRUEGEL – Handle with care! Post-crisis growth in the EU; Policy Brief, 16.4.2009
<http://www.bruegel.org/14997>

Fondation Robert Schuman – L'Europe à l'épreuve de la recession; Questions d'Europe No. 130, 2.3.2009
http://www.robert-schu-man.org/question_europe.php?num=qe-130

BRUEGEL – Pour un nouveau pacte de stabilité; 9.3.2009
<http://www.bruegel.org/14667>

CEPS – Keep it simple – Policy Responses to the financial crisis; Paperback, 24.3.2009
http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1818&

CEPS – Collapse in Eastern Europe?; Commentary, 25.2.2009
http://shop.ceps.be/downloadfree.php?item_id=1804

CEPS – Gains for all: A proposal for a common Eurobond; Commentary, 3.4.2009
http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1823

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MAXIMILIAN HERZOG

Juni 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Die Auswirkungen der Krise auf die osteuropäischen Mitgliedsstaaten

In Brüssel wird die gravierende Auswirkung der Finanzkrise auf Osteuropa mit Besorgnis beobachtet. Insbesondere die Wirtschaft der baltischen Staaten sowie Bulgariens leiden unter der Kreditklemme: Etwa 90 % ihrer Schulden sind bei österreichischen, deutschen und anderen mitteleuropäischen Banken bilanziert, deren nationale Regierungen ihre Handlungsprioritäten jedoch momentan im Inland sehen. Daher ist man nicht gewillt, den betroffenen Banken Finanzmittel zuzuschießen, die wiederum mit dem Geld durch eine Wiederaufnahme der Kreditvergabe Osteuropa stützen würden. In einem Kommentar des Centre for European Policy Studies wird die Beibehaltung eines stetigen Kreditflusses nach Osteuropa gefordert, um damit die Konsumentennachfrage zu erhalten, und ein Abwürgen der aufstrebenden Wirtschaft zu verhindern. Davon würden dann die Exportnationen wie Deutschland nachhaltig profitieren.

In einem Beitrag der Fondation Robert Schuman wird neben den wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren auch auf das politische Risiko einer Verschlechterung der ökonomischen Situation in Osteuropa hingewiesen. Die momentane Entwicklung könne soziale Spannungen, Migrationströme sowie eine steigende Euroskepsis und die Destabilisierung der EU-Institutionen zur Folge haben. Der German Marshall Fund (GMF) empfiehlt in einem Policy Brief ein Bekenntnis der EU zu seiner neuen „Eastern Partnership“ und die begleitende Gewährung von kurzfristigen Krediten sowie zusätzlicher politischer Zusammenarbeit, um die langfristige ökonomische Annäherung nicht zu gefährden.

CEPS – Collapse in Eastern Europe ? – Commentary, 25.2.2009
http://shop.ceps.be/download.php?item_id=1804

Fondation Robert Schuman – L'Union européenne face au défi de la crise des pays d'Europe centrale et orientale – Questions d'Europe No. 134, 20.4.2009
<http://www.robert-schu->

man.org/question_europe.php?num=qe-134

German Marshall Fund of the US – What the economic crisis means for the EU's eastern policy – policy brief, 24.4.2009
http://www.gmfus.org/publications/article.cfm?id=565&parent_type=P

Die Wechselwirkung von Klimapolitik und Konjunkturpaketen

Die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise durch eine Verknüpfung der Konjunkturpakete mit klimapolitischen Maßnahmen zu erreichen, wird in Brüssel grundsätzlich sehr optimistisch eingeschätzt. Die Anstrengungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, die in diese Richtung unternommen wurden, sind in den Augen der Think Tanks allerdings nicht ausreichend. Das European Policy Centre (EPC) kritisiert das Krisenmanagement der nationalen Regierungen, die die „national Champions“ mit einer hohen Zahl gefährdeter Arbeitsplätze priorisieren, und kleine innovative Unternehmen mit Liquiditätsproblemen vernachlässigen. Um der EU als know-how-basiertem Wirtschaftsraum das Rüstzeug für die ökonomischen und ökologischen Probleme des 21. Jahrhunderts zu geben, müssten weitere Investitionen in Infrastruktur, grüne Technologie, Energieeffizienz und Innovation getätigt werden. Jedoch dürften dabei die Gesetze des EU-Binnenmarkts und eine langfristige fiskalische Nachhaltigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Um eben letztere zu gewährleisten, schlägt BRUEGEL in einem Kommentar die Einführung sog. „Klimaschulden“ vor. Dabei sollen sich die Industrienationen dazu verpflichten, die Schulden, die mit den Konjunkturpaketen angehäuft wurden, durch zusätzliche ökologische Steuern oder Einnahmen aus dem Verkauf von CO2-Emissionszertifikaten abzubehalten. Dadurch wäre ein größerer Anreiz zur wirtschaftlichen Umstrukturierung gegeben, und durch eine breite Koalition von beteiligten Staaten würde die Gefahr des Trittbrettfahrens bei Konjunkturpaketen verringert.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MAXIMILIAN HERZOG

Juni 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

EPC – The recovery plan revisited; Commentary, 17.3.2009

<http://www.epc.eu/en/pub.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&t=32&PG=TEWN/EN/detailpub&l=12&AI=956>

BRUEGEL – Schulden für den Klimaschutz; 8.4.2009

<http://www.bruegel.org/14977>

BRUEGEL – Schuldenabbau durch Klimaschutz; 14.4.2009

<http://www.bruegel.org/14978>

2. Der Ausblick auf das Stockholmer Programm

Im Hinblick auf das Stockholmer Programm, das Ende 2009 unter schwedischer Ratspräsidentschaft verabschiedet werden soll, hat das CEPS in einem Working Paper einige Empfehlungen für die weitere Strategie in Immigrations- und Asylfragen aufgezeigt. Demnach solle die EU-Kommission durch die Gründung einer eigenen Unit das Vorgehen der Mitgliedsstaaten und FRONTEX bei den Grenzkontrollen und den Ausweisungen von illegalen Immigranten einer stärkeren Überwachung unterwerfen. Dadurch solle sichergestellt werden, dass die Migrationspolitik in der EU transparent und im Einklang mit geltendem EU-Recht und den Menschenrechten ist. Außerdem wird angemaht, die Asylverfahren EU-weit zu vereinheitlichen, Asylbewerbern sozialen Anschluss zu gewähren und das Weiterschieben von Verantwortung zu verhindern. Die Entwicklungen im Bereich der IT-Systeme und insbesondere der Datenbanken im Bereich der Immigrations- und Asylpolitik wird mit Skepsis betrachtet. Das CEPS fordert die Verbesserung der Datensicherheit, die Transparenz bei der Nutzung der Datenbanken und das Verbot der Speicherung von sensiblen Informationen zur Sicherstellung von Privatsphäre und der Garantie von Grundrechten und dem Schutz vor Diskriminierung.

Vor dem Hintergrund des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl, der im Oktober 2008 abgeschlossen wurde, kritisiert das Institut Français des Relations Internationales (IFRI) die nationale

Ausrichtung der Migrationspolitik, die zu oft das öffentliche Meinungsbild widerspiegeln würde. Die EU müsse sich im Angesicht globaler Migrationsströme auf ein gemeinsames politisches Rahmenwerk einigen, um so eine nachhaltige und effektive Einwanderungspolitik sicherzustellen. Dadurch könne man von den Chancen, welche die Immigration hinsichtlich der demographischen Situation und der Probleme auf dem Arbeitsmarkt bereithält, am besten profitieren.

Die Problematik der Hierarchisierung von nationaler über europäischer Einwanderungspolitik wird auch in einem Kommentar des EPC mit Bezug auf das Blue Card System aufgegriffen. Um der europaweiten Nachfrage nach hochqualifizierten Migranten zu begegnen, müsse das Stockholmer Programm auch Aspekte berücksichtigen, die keinen direkten Bezug zur Immigrationspolitik haben. Durch die Heterogenität in der Arbeitsmarktpolitik der EU-Mitgliedsstaaten und die fehlende Harmonisierung bei der Anerkennung der Kriterien, die künftig für den Erhalt einer Blue Card erfüllt werden müssen, sei die Mobilität der hochqualifizierten Immigranten eingeschränkt, und der Arbeitsmarkt der EU damit im internationalen Vergleich weniger attraktiv.

CEPS – Challenges and Prospects for the EU's Area of Freedom, Security and Justice: Recommendations to the European Commission for the Stockholm Programme; Working Document No. 313, 16.4.2009

http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1830

IRFI – How can Europeans agree a common migration policy? ; Notes, 3.3.2009

http://www.ifri.org/frontDispatcher/ifri/publications/notes_de_l_ifri_1032185688636/public_P_note_mig_cadbury_commonmigration_policy_1236091818108

EPC – Blue Cards and the 'global battle for talent'; Commentary, 28.5.2009

<http://www.epc.eu/en/pub.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&t=&PG=TEWN/EN/detailpub&l=12&AI=967>